



TRADEGATE AG

WERTPAPIERHANDELSBANK

**Offenlegungsbericht nach § 26a KWG
i.V.m. §§ 319 ff. SolvV
zum 31. Dezember 2009 der
TradeGate AG Wertpapierhandelsbank**

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------|--|----|
| 1. | Einleitung..... | 3 |
| 2. | Anwendungsbereich..... | 3 |
| 3. | Eigenmittel..... | 4 |
| 4. | Eigenmittelanforderungen | 5 |
| 4.1. | Allgemein | 5 |
| 4.2. | Adressenausfallrisiken | 6 |
| 4.2.1. | Verteilung der Positionswerte (geographisch)..... | 8 |
| 4.2.2. | Verteilung der Positionswerte (Restlaufzeiten)..... | 8 |
| 4.2.3. | Entwicklung der Risikovorsorge | 8 |
| 4.2.4. | Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche | 9 |
| 4.2.5. | Adressenausfallrisiko Beteiligungen..... | 10 |
| 4.2.6. | Adressenausfallrisiko Verbriefungen..... | 10 |
| 4.3. | Marktrisiken..... | 10 |
| 4.3.1. | Geografische Verteilung der Aktienbruttopositionen | 10 |
| 4.3.2. | Stresstest der Aktiennettopositionen..... | 11 |
| 4.3.3. | Geografische Verteilung der offenen Einzelwährungspositionen | 11 |
| 5. | Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene | 12 |
| 6. | Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen | 12 |
| 7. | Risikomanagement..... | 12 |
| 7.1. | Risikopolitische Strategie und Risikomanagement (Institutsaufsicht)..... | 13 |
| 7.2. | Liquiditätsrisiken..... | 14 |
| 7.3. | Marktpreisrisiken | 15 |
| 7.4. | Operationelle Risiken | 16 |
| 7.5. | Sonstige Risiken..... | 17 |
| 7.6. | Berichterstattung | 17 |
| 7.7. | Interne Revision | 18 |
| 8. | Abkürzungsverzeichnis..... | 19 |

1. Einleitung

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe Berliner Effktengesellschaft AG. Die Finanzholding-Gruppe bietet Dienstleistungen verschiedener Art rund um den Kapitalmarkt an, insbesondere Bank- und Finanzdienstleistungen. Ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Jahre 2009 war der Handel mit Wertpapieren, insbesondere auf dem eigenen multilateralen Handelssystem TRADEGATE[®], sowie die Vermittlung von Wertpapiergeschäften an den Börsen Berlin und Frankfurt a. Main. Der Betrieb von TRADEGATE[®] erfolgt durch die Tradegate Exchange GmbH, Berlin, die zum Bilanzstichtag eine 100 %ige Tochtergesellschaft war. Zwischenzeitlich wurden 75% zuzüglich einem Anteil an die Deutsche Börse AG veräußert. Zudem fungiert TRADEGATE[®] seit dem 4. Januar 2010 als neue regulierte Wertpapierbörse Tradegate Exchange.

Mit diesem Bericht setzt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank die Offenlegungsanforderungen nach § 26a Abs. 1 KWG in Verbindung mit §§ 319 bis 337 SolvV zum 31. Dezember 2009 um.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Jahr 2004 die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung international tätiger Banken überarbeitet. Das Grundkonzept der neuen Eigenkapitalvereinbarung („Basel II“) besteht aus drei sich ergänzenden Säulen, mit dem Ziel, die Stabilität des nationalen und des internationalen Bankensystems besser abzusichern.

Mit der dritten Säule verfolgt die Aufsicht das Ziel, die Markttransparenz und die Marktdisziplin zu erhöhen, indem Marktteilnehmern Informationen über den Anwendungsumfang, das Kapital, das Risiko, den Risikoanalyseprozess und somit die Kapitaladäquanz einer Bank zugänglich gemacht werden.

Die dritte Säule ergänzt die Mindesteigenkapitalanforderungen (erste Säule) und das Überprüfungsverfahren der Bankenaufsicht (zweite Säule). In Deutschland wurden die erweiterten Offenlegungsanforderungen der dritten Säule zum 1. Januar 2007 mit dem neuen § 26a KWG und der Einführung der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in nationales Recht umgesetzt. Sie ersetzt den bisherigen Grundsatz I und konkretisiert die in § 10 KWG geforderte Angemessenheit der Eigenmittel der Institute.

Der Offenlegungsbericht wird jährlich in einem gesonderten Dokument auf der Homepage der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank (www.tradegate-ag.de) im Bereich Investor Relations unter Finanzberichte veröffentlicht und im eBundesanzeiger bekannt gegeben.

Neben den Darstellungen in diesem Bericht wird auf den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2009 verwiesen.

2. Anwendungsbereich

Der aufsichtsrechtliche Konsolidierungskreis, für den dieser Offenlegungsbericht erstellt wird, ist nicht mit dem Konsolidierungskreis des Konzernabschlusses der Berliner Effktengesellschaft AG identisch. Der aufsichtsrechtliche Konsolidierungs-

kreis umfasst nur die Konzernunternehmen, die Bank- und andere Finanzgeschäfte tätigen. Er setzt sich nach § 10a KWG aus einem Institut im Inland (übergeordnetes Unternehmen) und dessen nachgeordneten Unternehmen (gruppenangehörige Unternehmen) zusammen, Unternehmen, die sonstige Unternehmen im Sinne des KWG sind, werden nicht in die Finanzholding-Gruppe mit einbezogen.

Die nachstehenden Unternehmen werden sowohl aufsichtsrechtlich als auch für den Konzernabschluss per 31. Dezember 2009 voll konsolidiert:

- Berliner Effektengesellschaft AG,
- Tradegate AG Wertpapierhandelsbank (übergeordnetes Unternehmen),
 - Tradegate Exchange GmbH (vormals Tradegate Börsenservice GmbH),
- BEG Fondsberatung GmbH i.L.,
- Ventegis Capital AG,
 - Ventegis Management Komplementär GmbH,
 - Ventegis Solar Komplementär GmbH,
 - Ventegis Solar Management GmbH & Co. KG.

Die Ex-tra Sportwetten AG wird aufsichtsrechtlich als risikogewichtete Beteiligung berücksichtigt. Sie ist in den Konzernabschluss im Rahmen einer Vollkonsolidierung einbezogen.

Der BEG Fonds 1 Nordinvest ist als SPV in den Konzernabschluss im Rahmen einer Vollkonsolidierung einbezogen. Aufsichtsrechtlich erfolgt die Berücksichtigung als risikogewichtete Investmentanteile.

An der Kreditinstitutsguppe quirin bank AG ist die Berliner Effektengesellschaft AG in Höhe von 25,5 % beteiligt, sodass im Konzernabschluss eine at-equity-Konsolidierung erfolgt. Da sie keine gemeinsame Leitung der quirin bank AG zusammen mit einem anderen Unternehmen ausübt, wird sie aufsichtsrechtlich als risikogewichtete Beteiligung einbezogen.

3. Eigenmittel

Das modifizierte verfügbare Eigenkapital der Finanzholding-Gruppe betrug per 31. Dezember 2009 T€ 52.365. Die Aufgliederung kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

| Bezeichnung | in T€ |
|------------------------|--------------|
| Eingezahltes Kapital | 13.861 |
| Eigene Anteile | -334 |
| Kapitalrücklagen | 31.494 |
| Sonstige Rücklagen | 9.979 |
| Anteile in Fremdbesitz | 8.123 |

| | |
|---|---------------|
| Wesentliche Verluste des lfd. Geschäftsjahres | -37 |
| Aktivischer Unterschiedsbetrag | -10.510 |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | -211 |
| Kernkapital | 52.365 |

Da in der Finanzholding-Gruppe kein Ergänzungskapital und keine Drittrangmittel bestehen entspricht das modifizierte verfügbare Eigenkapital dem Kernkapital. Basis der angesetzten Eigenmittel sind die Einzelabschlüsse nach dem HGB der einbezogenen Unternehmen.

Das modifizierte verfügbare Eigenkapital der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, bestehend aus Kern- und Ergänzungskapital, betrug per 31. Dezember 2009 T€ 27.643. Die Aufgliederung kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

| Bezeichnung | in T€ |
|-----------------------------------|---------------|
| Eingezahltes Kapital | 24.181 |
| Eigene Anteile | -189 |
| Kapitalrücklagen | 2.071 |
| Sonstige Rücklagen | 1.773 |
| Anteile in Fremdbesitz | 0 |
| Aktivischer Unterschiedsbetrag | 0 |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | -193 |
| Kernkapital | 27.643 |

4. Eigenmittelanforderungen

4.1. Allgemein

Für die bisherige Geschäftstätigkeit ist die Solvabilitätskennziffer nicht die entscheidende Größe für die Ausstattung mit Eigenkapital. Hier fallen die Anforderungen der Wertpapiermärkte stärker ins Gewicht, sodass sich, bezogen auf die zu unterlegenden Risikoaktiva, eine sehr komfortable Ausstattung mit Eigenmitteln ergibt. Im Hinblick auf das zukünftig betriebene Kreditgeschäft wird entsprechend der Geschäftsplanung ein Teil der Eigenmittel reserviert. Die Finanzholding-Gruppe nutzt für die Institutsmeldung den Kreditrisikostandardansatz, den Standardansatz für Marktrisikopositionen und den Basisindikatoransatz für operationelle Risiken.

Die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene betrug von Januar bis Dezember 2009 zwischen 69,88 % und 86,59 %. Zum 31. Dezember 2009 betrug die zu meldende Gesamtkennziffer 82,58 %. Die modifizierte bilanzielle Eigenkapitalquote der Finanzholding-Gruppe beträgt zum 31. Dezember 2009 91,8 %.

Für die einzelnen Risikoarten der Gruppe waren die nachstehenden Eigenmittelunterlegungen erforderlich:

| Eigenmittelanforderungen | in T€ |
|---------------------------------|--------------|
| Adressenausfallrisiken | 2.277 |
| Abwicklungsrisiken | 0 |
| Marktrisiken | 291 |
| Operationelle Risiken | 3.128 |
| Gesamt | 5.696 |

Die Kennziffern auf Ebene des Instituts Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hinsichtlich der Solvabilitätsverordnung erfüllten die Mindestanforderungen stets ohne Probleme. So lag die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung zwischen 58,30 % und 65,85 %. Zum 31. Dezember 2009 betrug die zu meldende Gesamtkennziffer 62,63 %. Die modifizierte bilanzielle Eigenkapitalquote der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank beträgt zum 31. Dezember 2009 88,68 %.

Für die einzelnen Risikoarten des Instituts waren die nachstehenden Eigenmittelunterlegungen erforderlich:

| Eigenmittelanforderungen | in T€ |
|---------------------------------|--------------|
| Adressenausfallrisiken | 610 |
| Abwicklungsrisiken | 0 |
| Marktrisiken | 302 |
| Operationelle Risiken | 2.619 |
| Gesamt | 3.531 |

Andere Unternehmen der Finanzholding-Gruppe haben die Regelungen der Solvabilitätsverordnung aus Unternehmensebene nicht zu beachten.

4.2. Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko der Finanzholding-Gruppe ist die Gefahr, dass Forderungen nicht rechtzeitig, nicht in voller Höhe oder gar nicht zurückgezahlt werden zu verstehen. Hierunter fallen vor allem Bankanlagen, Beteiligungen und Venture Capital Engagements. Angesichts des Kreises der Schuldner und der Struktur des Geschäfts wurde keine Ratingagentur nominiert. Ein fortgeschrittener Ansatz ist aufgrund der Geschäftstätigkeit der Finanzholding-Gruppe nicht zweckmäßig. Weniger als 40 % aller Eigenmittelanforderungen entfallen auf die Adressenausfallrisikopositionen. Der Gesamtbetrag der Eigenmittelanforderung aus Adressenausfallrisiken verteilt sich auf die einzelnen Forderungsklassen der SolvV wie folgt:

| Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken | in T€ |
|---|--------------|
| Institute | 533 |
| Unternehmen | 83 |
| Überfällige Positionen | 88 |
| Beteiligungen | 1.164 |
| Investmentanteile | 361 |
| Sonstige Positionen | 47 |

KSA gesamt**2.276**

Die Adressenausfallrisiken spielen in der Finanzholding-Gruppe derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Gerade 37,7 % der Adressenausfallrisikopositionen auf Basis der KSA-Bemessungsgrundlage werden dem Risikogewicht 100 % zugeordnet, wovon mehr als 1/5 den BEG Fonds 1 Nordinvest zuzurechnen sind.

Risiken aus Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen, im außerbörslichen Wertpapierhandelsgeschäfts betrachten wir als eine Ausprägung des Adressenausfallrisikos. Schäden im Rahmen dieses Abwicklungsrisikos von Wertpapierhandelsgeschäften entstanden nicht. Um das Adressenausfallrisiko zu minimieren, unterliegen alle einzelnen Transaktionen mit Adressen, die nicht über eine Zulassung an einer deutschen, westeuropäischen oder amerikanischen Börse verfügen, einer gesonderten Überwachung direkt durch den Vorstand.

Die im täglichen Geschäftsbetrieb der Finanzholding-Gruppe eingegangenen Risiken können durch Kreditrisikominderungstechniken in Form von Sicherheiten oder Aufrechnungsvereinbarungen (Netting) reduziert werden.

Kreditrisikominderungstechniken werden derzeit (mit Ausnahme der Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen) nicht verwendet.

Von bilanzwirksamen und außerbilanziellen Aufrechnungsvereinbarungen macht die Finanzholding-Gruppe keinen Gebrauch.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherheiteninstruments zur Kreditrisikominderung trifft die Finanzholding-Gruppe im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostrategie.

Die KSA-Bemessungsgrundlage nach Berücksichtigung von Kreditrisikominderungstechniken setzen sich wie folgt zusammen:

| KSA-Bemessungsgrundlage nach KRMT | in T€ |
|--|---------------|
| Zentralregierungen | 1 |
| Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften | 2.042 |
| Institute | 33.339 |
| Unternehmen | 1.009 |
| Überfällige Positionen | 736 |
| Beteiligungen | 14.547 |
| Investmentanteile | 4.513 |
| Sonstige Positionen | 590 |
| KSA gesamt | 56.777 |

Den Eigenmittelanforderungen liegen die Bemessungsgrundlagen gegebenenfalls gemindert um anrechenbare Sicherheiten zugrunde. Aus der Bemessungsgrundlage wird abhängig von der Risikoeinstufung ein Anforderungsbetrag errechnet. Die Gewichtungssätze sind im Rahmen des KSA von der Solvabilitätsverordnung

vorgegeben. Die Positionen im Kreditrisiko-Standardansatz verteilen sich auf die Risikogewichte wie folgt (Angaben in T€):

| Risikogewicht | Bemessungsgrundlage vor Kreditrisikominderungstechnik | Bemessungsgrundlage nach Kreditrisikominderungstechnik |
|---------------|---|--|
| 0% | 2.043 | 2.043 |
| 20% | 33.339 | 33.339 |
| 100% | 20.876 | 20.659 |
| 150% | 829 | 736 |
| Gesamt | 57.087 | 56.777 |

4.2.1. Verteilung der Positionswerte (geographisch)

Bedingt durch die Tätigkeit machen die außerhalb Deutschlands liegenden Posten der Forderungsklassen nur einen geringen Teil der Positionswerte aus.

| in T€ | Institute | Unternehmen | Beteiligungen | Gesamt |
|---------------|--------------|-------------|---------------|--------------|
| Europa | 2.688 | 58 | 128 | 2.874 |
| Amerika | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Asien | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Afrika | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt | 2.688 | 58 | 128 | 2.874 |

4.2.2. Verteilung der Positionswerte (Restlaufzeiten)

| 2009 | in T€ |
|--|--------|
| Forderungen an Kreditinstitute | |
| a) bis zu einem Monat | 33.138 |
| b) von einem Monat bis zu drei Monaten | 0 |
| c) von drei Monaten bis zu einem Jahr | 0 |
| Forderungen an Kunden | |
| a) bis zu einem Monat | 903 |
| b) von einem Monat bis zu drei Monaten | 0 |
| c) von drei Monaten bis zu einem Jahr | 1.374 |
| d) ohne Ablauf | 51 |
| Sonstige Forderungen | |
| a) bis zu einem Monat | 140 |
| b) von einem Monat bis zu drei Monaten | 42 |
| c) von drei Monaten bis zu einem Jahr | 5 |
| d) ohne Ablauf | 40 |

4.2.3. Entwicklung der Risikovorsorge

Die Finanzholding-Gruppe verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten

und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Hinsichtlich der handelsrechtlichen Bewertung verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss vom 31. Dezember 2009. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Soweit der Finanzholding-Gruppe Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden Risikovorsorge orientiert sich an der Wahrscheinlichkeit mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie das Zahlungsverhalten des Kunden.

Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und ggf. daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten, erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgen bei der Finanzholding-Gruppe in einem zentralen System. Für latente Ausfallrisiken bildet die Finanzholding-Gruppe keine Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen keine Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt.

4.2.4. Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche

Für die Finanzholding-Gruppe gilt ein Engagement ab dem ersten Tag einer Limitüberziehung als „überzogen“. Ein Ausfall liegt ab einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen vor. Forderungen werden im Rahmen der SolvV als „in Verzug“ klassifiziert, wenn diese mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage überfällig sind. Der Verzug wird bei der Finanzholding-Gruppe dabei kundenbezogen (§ 125 Abs. 1 Nr. 2 SolvV) ermittelt. Die Einstufung von Forderungen als „notleidend“ orientiert sich an den Kriterien zur Bildung von Risikovorsorge.

| Gliederung der notleidenden und in Verzug geratenen Positionswerte | in T€ |
|---|--------------|
| Betrag der bestehenden Einzel- und Pauschalwertberichtigungen | 310 |
| - davon Europa | 310 |
| Betrag der bestehenden Rückstellungen | 0 |

| Veränderungen bei Einzel-/ Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft unter Angabe von | in T€ |
|--|--------------|
| Anfangsbestand | 59 |
| Zuführung | 287 |

| | |
|--|-----|
| Auflösungen | 0 |
| Verbrauch | 0 |
| wechsellkursbedingter und sonstiger Veränderungen | 0 |
| Endbestand der Berichtsperiode | 346 |

4.2.5. Adressenausfallrisiko Beteiligungen

Die Beteiligungen der Finanzholding-Gruppe, sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen, wurden aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen.

| in T€ | Buchwert Vorjahr | Zugänge Geschäftsjahr | Abgänge Geschäftsjahr | Abschrei- bungen Geschäftsjahr | Restbuchwert 31.12.2009 |
|---------------|---------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------------------|----------------------------|
| Beteiligungen | 12.926 | 9.566 | 7.945 | -0 | 14.547 |

Die hier ausgewiesenen Positionen entsprechen der Zuordnung der Forderungskategorie „Beteiligungen“ nach der Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2009, wovon 0 Euro börsennotiert sind. Die Beteiligungen werden nach rechnungsspezifischen Kriterien gemäß HGB bewertet. Auf Fremdwährung lautende Beteiligungen bestehen nicht.

4.2.6. Adressenausfallrisiko Verbriefungen

Die Finanzholding-Gruppe betreibt kein Verbriefungsgeschäft und hält keine Verbriefungspositionen im Sinne der §§ 225 ff. SolvV.

4.3. Marktrisiken

Die Marktrisiken werden gruppenweit nach den Standardverfahren ermittelt. Zum 31. Dezember 2009 bestanden die nachstehenden Eigenmittelanforderungen:

| Marktrisiken | in T€ |
|---------------------------|------------|
| Zinsnettopositionen | 12 |
| Aktiennettopositionen | 279 |
| Währungsgesamtpositionen* | 59 |
| Gesamt: | 350 |

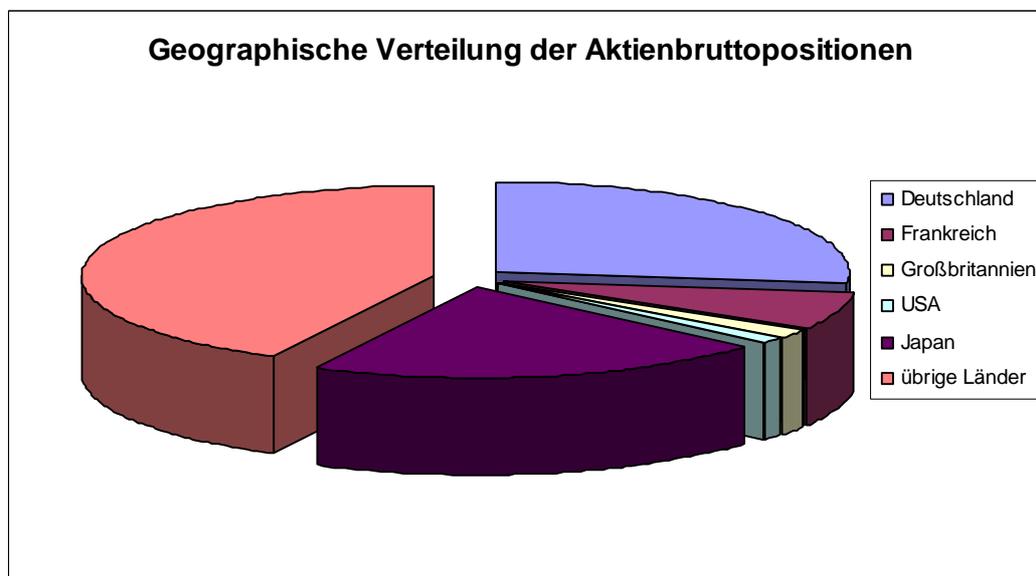
* Aufgrund der Bagatellregelung nach § 294 Abs. 3 SolvV fließt die Währungsgesamtposition nicht in die Eigenmittelanforderung ein.

Von den Eigenmittelanforderungen für die Marktrisikopositionen der Gruppe entfallen mehr als 86 % auf die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank.

4.3.1. Geografische Verteilung der Aktienbruttopositionen

| Aktienbruttopositionen gesamt | in T€ |
|-------------------------------|-------|
| Deutschland | 960 |
| Frankreich | 240 |
| Großbritannien | 56 |

| | |
|----------------|--------------|
| Japan | 35 |
| USA | 752 |
| Übrige Länder | 1.513 |
| Gesamt: | 3.556 |



Der Anteil der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank an der Aktienbruttoposition der Gruppe beträgt über 88 %. Das Wahlrecht, Aktiennettopositionen in hochliquiden Aktien mit hoher Anlagequalität gemäß § 305 Abs. 2 SolvV nur mit der Hälfte ihres Anrechnungsbetrages zu gewichten, wird von dem Institut nicht genutzt.

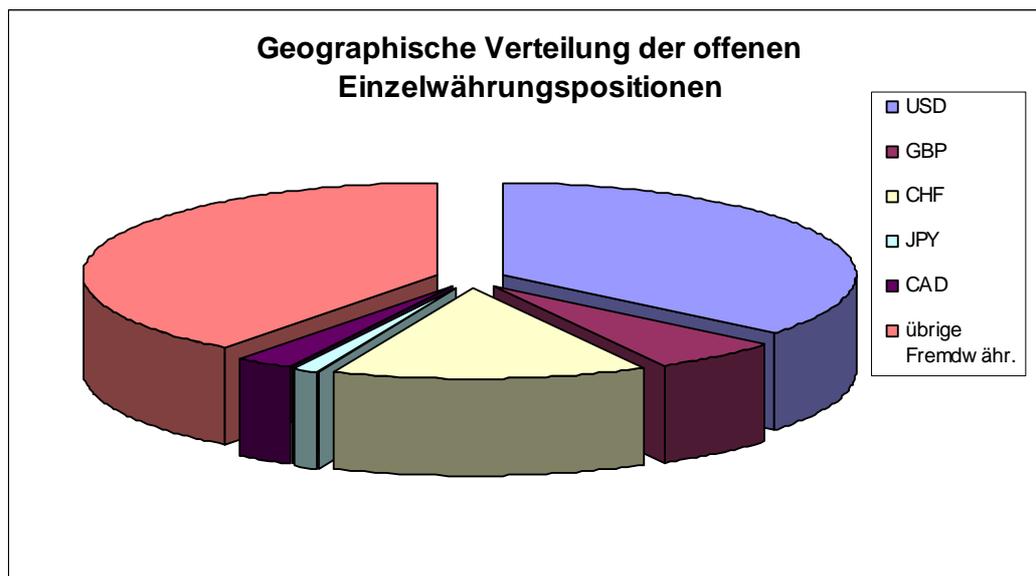
4.3.2. Stresstest der Aktiennettopositionen

Monatlich führt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank eine Berechnung zu Stressszenarien für ihre Aktiennettopositionen durch. Hierzu werden eine interne Masterskala-Single-PD und eine Masterskala-Single-Worst-Case-PD auf Basis von Länderratings und historischen Marktsituationen den Aktiennettopositionen gegenübergestellt. Das Ergebnis der Stressszenarien fließt in den Quartalsrisikobericht der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ein.

Die Ermittlung eines gruppenweiten Worst-Case-Szenario zum 31. Dezember 2009 mit max. Ausfallwahrscheinlichkeiten führte zu einem möglichen Gesamtausfall von T€ 246, was einer Gesamtausfallquote von 16,87 % der Gesamtkiennettoposition entspricht. Dieses Ergebnis liegt im festgesetzten Limitbereich des Handels (Verlustlimit).

4.3.3. Geografische Verteilung der offenen Einzelwährungspositionen

| Einzelwährungspositionen gesamt | in T€ |
|---------------------------------|------------|
| USD | 262 |
| GBP | 42 |
| CHF | 106 |
| JPY | -9 |
| CAD | 20 |
| Übrige Fremdwährungen | 288 |
| Gesamt: | 709 |



Für die Anrechnung der Nettowährungspositionen wird der größere Betrag der Aktiv- und Passivpositionen insgesamt herangezogen (T€ 741). Die Währungsgesamtpositionen werden aufgrund der Meldegrenzen nach § 294 Abs. 3 SolvV nicht in die Eigenmittelanforderungen einbezogen.

5. Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene

Das Zinsänderungsrisiko der Finanzholding-Gruppe ist aufgrund des Schwerpunktes der Geschäftstätigkeit auf den Handel und der Vermittlung von Wertpapiergeschäften vorrangig in Aktien zu vernachlässigen. Es wurden keine nennenswerten Bestände gehalten, die zu einem verstärkten Aufbau von Zinsänderungsrisiken führten. Die Haltedauer liegt i.d.R. innerhalb einer Woche. In sämtlichen Fällen wird das Zinsänderungsrisiko über die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken überwacht. Für die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das allgemeine Kursrisiko der Zinsnettoposition nutzt die Finanzholding-Gruppe die Durationsmethode.

6. Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen

Die Finanzholding-Gruppe geht derzeit keine derivativen Finanzgeschäfte zur Absicherung im Rahmen ihrer Handelsaktivitäten bzw. zur Aktiv-Passiv-Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos ein.

7. Risikomanagement

Die Risikolage der Finanzholding-Gruppe wird wesentlich von den Entwicklungen der Tochtergesellschaften und ihrer Rahmenbedingungen beeinflusst. Die sorgfältige Auswahl der Beteiligungen und der Geschäftsfelder sowie die zeitnahe Information über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und der Rahmenbedingungen bilden den Kern der Risikostrategie. Eventuelle Fehlentwicklungen können so frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

7.1. Risikopolitische Strategie und Risikomanagement (Institutsaufsicht)

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses wird eine

- Risikoidentifikation,
- Risikobewertung,
- Risikoüberwachung,
- Risikokommunikation

gewährleistet. Bei erkennbar bedeutenden Risiken erfolgt eine unmittelbare Information des Vorstandes. Für die interne Risikosicht hat die Finanzholding-Gruppe Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- sowie operationelle Risiken als wesentliche Risiken identifiziert.

Insbesondere die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank bewegt sich in einem Umfeld, das zum einen starken Schwankungen hinsichtlich des Geschäftsumfanges und zum anderen einer Umwälzung der Rahmenbedingungen unterworfen ist. In diesem Umfeld ist es erforderlich, das Instrumentarium zur Handhabung, Überwachung und Steuerung der relevanten Risiken kontinuierlich weiter zu entwickeln. Mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) besteht ein strenger rechtlicher Rahmen für die Überwachungs- und Steuerungsmechanismen und ihrer Dokumentation. Unter Risiko wird grundsätzlich die negative Abweichung eintretender Ereignisse von den erwarteten Ereignissen verstanden. Schaden ist dann der Eintritt eines Risikos mit negativen Folgen. Da sich die Gesellschaft als Liquidity Provider bzw. Market Maker versteht, ist die Bildung und Übernahme von Wertpapierpositionen mit der Erwartung positiver Kursentwicklungen nicht der Ansatz der Geschäftsstrategie. Vielmehr zielt die Geschäftstätigkeit darauf ab, eine Vielzahl von Umsätzen in Wertpapieren zu ermöglichen. Dabei übernimmt die Gesellschaft im Laufe eines Tages zwischenzeitlich die Position als Käufer oder Verkäufer mit dem Ziel, sie weitgehend bis zum Handelsschluss weiter zu handeln. Die Positionen, die bis zum Beginn des Handels am nächsten Tag gehalten werden, sind entsprechend der Strategie der Gesellschaft im Verhältnis zum Handelsvolumen gering. Wenn nennenswerte Einzelpositionen offen gehalten werden, so erfolgt dies grundsätzlich im Rahmen von Liquiditätsanlagen. Die Entwicklungen in der deutschen und der europäischen Börsenlandschaft sind ein wichtiger Einflussfaktor für die Geschäftstätigkeit und die damit zusammenhängenden technischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Diese Tendenzen sind frühzeitig auf die Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft und auf die technischen Notwendigkeiten hin zu beobachten. Falsche Entscheidungen können vor allem zu hohen Kosten, Ertragsausfällen und Zeitverzögerungen führen. Für die weitere Tätigkeit im Börsenhandel ist vor allem das Augenmerk auf eine weitere Verlagerung auf elektronische Handelssysteme und deren Auswirkung zu richten. Insbesondere der weiteren Ausgestaltung der Parkettbörsen in Deutschland, der Bedeutung des Handelssystems XETRA® sowie europäische Entwicklungen nach dem in Kraft treten der MiFID kommen strategische Bedeutung zu.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank nimmt das Management der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor. Der Vorstand legt im Rahmen der Risikostrategie die Komponenten sowie die Höhe der Risikodeckungsmasse, die zur Abschirmung der Risiken dient, fest. Die Berechnung der Auslastungsbeträge der Risikotragfähigkeit erfolgt für die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken auf Basis verschiedener Szenarien, wobei die von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank prognostizierte Zins- und Konjunkturentwicklung die Basis der Szenarien bilden. Dabei werden sowohl erwartete als auch Stressszenarien berücksichtigt. Auf diese Weise stellt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.

Das Risikomanagementsystem unterscheidet die unmittelbar mit den Risiken umgehenden Bereiche, das Risikomanagement im engeren Sinne, und das Risikocontrolling, welches die Risikosituation überwacht und das Risikomanagement insbesondere mit Informationen über eingegangene Risiken unterstützt. Der Bereich Controlling hat auch die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems wesentlich mit zu verantworten. Grundlage des Limitsystems ist das erwartete Ergebnis des Geschäftsjahres unter Einbeziehung der aktuellen Eigenkapitalausstattung und des aktuellen Ergebnisses des Geschäftsjahres. Für 2009 wurde eine Verlustobergrenze beschlossen, die im Verlauf des Geschäftsjahres nicht angepasst wurde.

7.2. Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko sind die Gefahren zu verstehen, seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang nachzukommen oder Vermögensgegenstände aufgrund illiquider Märkte nicht oder nicht zu einem angenommenen Preis veräußern zu können. Die Steuerung der Zahlungsbereitschaft erfolgt im Rahmen einer Planung der Zahlungsein- und -ausgänge für die folgenden zwölf Monate. Das erste Quartal wird auf Monatsbasis, die folgenden auf Quartalsbasis berichtet. Sollten festgelegte Grenzen unterschritten werden, erfolgt eine gegenüber dem normalen Turnus häufigere Berichterstattung. Im vergangenen Jahr wurden die selbst gesetzten Grenzen nicht unterschritten; finanzielle Engpässe sind nicht aufgetreten.

Ergänzend unterliegt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank den Bestimmungen der Liquiditätsverordnung (LiqV), die bestimmte Mindestanforderungen an das Verhältnis von Finanzmitteln und Finanzverpflichtungen stellt. Die Kennziffern schwankten im vergangenen Jahr zwischen 4,39 und 19,89, bei einer Mindestkennziffer von eins. Zum 31. Dezember 2009 betrug die Liquiditätskennzahl 19,89. Die Kennzahl wird geschäftstäglich festgestellt und ist in das interne Reporting integriert. Auf konsolidierter Ebene ist die Kennziffer nicht zu ermitteln. Das Marktliquiditätsrisiko wird durch die Auswahl der Handelsplätze und Kontrahenten, eine Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktlage beim Abschluss von Geschäften und der Begrenzung der offenen Positionen gesteuert und überwacht. Zudem werden die liquiden Mittel diversifiziert angelegt.

Das Risikocontrolling hat im Rahmen der vorgeschriebenen Stresstest nach MaRisk auch für Liquiditätsrisiken Szenariorechnungen nach eigenen oder externen

Parametern durchgeführt. Diese versuchen die wirtschaftlichen Auswirkungen und mögliche negative Entwicklungen zu quantifizieren. Sollten dabei alle Negativszenarien zusammenfallen und zu einem maximalen Worst-Case Fall führen, dann würde die prognostizierte Liquiditätskennziffer per 31. Dezember 2009 innerhalb 12 Monate auf 1,85 fallen, was dennoch eine Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben beinhaltet.

7.3. Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden negative Abweichungen von erwarteten Marktpreisentwicklungen verstanden. Marktpreise sind Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse. Aus der Änderung resultieren Veränderungen des Wertes von im Bestand befindlichen Finanzinstrumenten, wie zum Beispiel Aktien, Anleihen oder Bankguthaben in Fremdwährung, die zu ergebniswirksamen Abschreibungen führen können.

Aufgrund des Geschäftskonzeptes ist das Marktpreisrisiko ein wesentliches Geschäftsrisiko. Zur Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken wird das Handelsüberwachungssystem RiskMap genutzt, welches als Realtime-Anwendung die permanente Überwachung der eingegangenen Risikopositionen des Handels ermöglicht. Da ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Handel und der Vermittlung von Wertpapiergeschäften in Aktien ausländischer Unternehmen liegt, insbesondere in US-amerikanischen Titeln, kommt hier zudem ein indirektes Fremdwährungsrisiko zum Tragen. Änderungen z.B. des Devisenkurses des USD ziehen bei idealen Märkten entsprechende Änderungen des Aktienkurses in EUR nach sich. Im Rahmen des Risikomanagementsystems wird dieses Risiko aus Wertpapiergeschäften implizit im Rahmen des Aktienkursrisikos betrachtet.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Controllinglimite erfolgreich überwacht. Aufgrund der Ergebniserwartung für 2009 und der Eigenkapitalausstattung wurde eine absolute Verlustobergrenze für alle Geschäfte der Gesellschaft seitens des Vorstandes beschlossen. Ein Teil dieser Verlustobergrenze wurde als Controllinglimite auf die Handelsbereiche Ausland, Inland und Frankfurt a. Main aufgeteilt. Mit diesen Controllinglimiten werden die schwebenden Verluste aus den offenen Positionen begrenzt. Die schwebenden Verluste errechnen sich aus dem Wert der offenen Position und dem aktuellen Wert anhand eines Referenzpreises. Dieser Referenzpreis wird laufend ermittelt und in das Überwachungssystem eingespielt. Auch in 2009 kam es zu gelegentlichen, kurzfristigen Überschreitungen der meistens nur gering ausgelasteten Limite. Hintergrund der Limitüberschreitungen war in allen Fällen eine fehlerhafte Versorgung des Überwachungssystems mit Referenzpreisen. Die Marktpreisrisiken lagen jeweils zum Handelsschluss deutlich unter dem Verlustlimit. Bei einer Benachrichtigung des Risikocontrollings über eine Limitüberschreitung wird die Ursache ermittelt und der Controllingvorstand entsprechend informiert. Der Controllingvorstand hält dann Rücksprache mit dem betroffenen Handelsvorstand über die zu treffenden Maßnahmen und informiert das Risikocontrolling über das Ergebnis. Bei realisierten Verlusten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, erfolgt automatisch eine Reduzierung des betreffenden Limits. In einem nachfolgenden Abgleich des aktuellen Ergebnisses der Gesellschaft mit dem geplanten Ergebnis wird über die Beibehaltung oder die

Änderung der Limitanpassung entschieden. In 2009 erfolgten keine Anpassungen der Controllinglimite für den Wertpapierhandel.

Ergänzend besteht ein Limit speziell für die Risiken aus den Beständen der Liquiditätsreserve. Die Bemessung der Höhe der Risiken wird analog der Betrachtung bei den Handelsbeständen gehandhabt. Bei Limitüberschreitungen wird der Vorstand unverzüglich informiert, der über die weitere Behandlung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve beschließt. Im Zuge der Veräußerung des BEG Fonds 1 Nordinvest durch die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank wurde das Limit zu Jahresbeginn deutlich verringert.

Ein weiteres Controllinglimit besteht für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Kunden und Lieferanten, sofern diese nicht auf EUR lauten. Hier sind insbesondere Risiken aus bei inländischen Kreditinstituten bestehende USD Guthaben zu nennen. Limitüberschreitungen gab es hier nicht. Limitüberschreitungen ziehen eine Benachrichtigung des Controllingvorstandes und des Handelsvorstandes nach sich, die dann über die weitere Vorgehensweise beschließen.

7.4. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zu verstehen, die aus unangemessenen oder fehlerhaften Betriebsabläufen resultieren, oder durch Mitarbeiter, Systeme oder externe Ereignisse, einschließlich der Rechtsrisiken, hervorgerufen werden. Das Risk-Committee tagt mindestens jährlich und befasst sich insbesondere mit der Steuerung der operationellen Risiken.

Die bestehende Risikomatrix wurde bezüglich der Risiken, der Frühwarnindikatoren und möglichen Gegenmaßnahmen überprüft. Soweit es neue Erfahrungswerte gab, wurden die Frühwarnindikatoren neu in die Risikomatrix aufgenommen oder angepasst. Um einen Überblick über eintretende Schäden zu erhalten, waren die Mitarbeiter gehalten, Schadensfälle, die eine jeweils definierte Bagatellgrenze übersteigen, an das Risikocontrolling zu melden. Die entstandenen Schäden, die in erhöhtem Arbeitsaufwand bestanden, waren als gering einzustufen. Im Bereich IT-Operations wird ergänzend eine Liste für Systemänderungen, -störungen und -ausfälle geführt. Im vergangenen Jahr traten keine nennenswerten Störungen auf, die bestimmbare oder nennenswerte Schäden verursachten.

Das Management der operationellen Risiken obliegt den jeweiligen Abteilungsleitern. Sie überwachen die Arbeitsabläufe, greifen bei Bedarf ein oder passen sie an. Ein spezielles Limit wurde nicht beschlossen. Da von der vom Vorstand zu Beginn des Jahres beschlossenen Verlustobergrenze nur etwa 18 % bestimmten Risikoarten zugewiesen wurden, wird für die nicht separat limitierten Risiken der nicht verteilte Betrag pauschal als Deckungsmasse herangezogen. Als Orientierungsgröße für operationelle Risiken dient das Doppelte der Eigenkapitalanforderung nach der Solvabilitätsverordnung.

7.5. Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken umfassen die Adressenausfallrisiken und die Liquiditätsrisiken. Das Adressenausfallrisiko ist die Gefahr, dass Forderungen nicht rechtzeitig, nicht in voller Höhe oder gar nicht zurückgezahlt werden.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat überwiegend Forderungen an Kreditinstitute, im Wesentlichen als Tages- bzw. kurzfristige Termingelder. Für diesen Bereich wurden Kontrahentenlimite (Volumenlimite) durch den Vorstand beschlossen, welche durch externe Ratings unterlegt und täglich überwacht werden. Wichtigste Bankverbindung, bei der auch die wesentlichen Teile der Liquiditätsanlagen getätigt wurden, ist die quirin bank AG. Da die quirin bank AG aufgrund der Konzernzugehörigkeit im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses in ein monatliches Berichtswesen eingebunden ist und personelle Verflechtungen bestehen - der Vorstandsvorsitzende ist Mitglied des Aufsichtsrates der quirin bank AG - stehen grundsätzlich zeitnah ausreichend Informationen zur wirtschaftlichen Lage zur Verfügung. Darüber hinaus bestehen Konten bei weiteren inländischen Kreditinstituten sowie einem ausländischen Kreditinstitut. Neben diesen, dem Zahlungsverkehr und der Geldanlage dienenden Bankkonten, bestehen Forderungen auf Steuerrückzahlungen sowie Forderungen aus dem Wertpapiergeschäft an andere Makler. Da diese über die Börsensysteme reguliert werden und die Marktteilnehmer der Aufsicht durch die Börsen und die BaFin unterliegen, sind die Risiken hierdurch als gering anzusehen.

Das Risiko, dass ein Kontrahent eines außerbörslichen Wertpapierhandelsgeschäfts seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen nicht nachkommt, betrachten wir als eine Ausprägung des Adressenausfallrisikos. Nennenswerte Schäden im Rahmen dieses Abwicklungsrisikos von Wertpapierhandelsgeschäften entstanden nicht.

Um das Adressenausfallrisiko zu minimieren, unterliegen alle einzelnen Transaktionen mit Adressen, die nicht über eine Zulassung an einer deutschen, westeuropäischen oder amerikanischen Börse verfügen, einer gesonderten Überwachung direkt durch den Vorstand.

7.6. Berichterstattung

Der Gesamtvorstand erhält täglich einen Risikobericht, der die realisierten Ergebnisse des letzten Handelstages, des laufenden Monats und des laufenden Jahres sowie Angaben zu Limitänderungen und zu besonderen Vorkommnissen, wie nennenswerte Limitüberschreitungen und außergewöhnliche Geschäftsabschlüsse hinsichtlich Geschäftspartner, Volumen oder Konditionen enthält. Die Angaben zu den weiteren wesentlichen Risiken der Gesellschaft werden ebenfalls in den Bericht aufgenommen. Insbesondere Angaben zu Schadensfällen aus operationellen Risiken, besonderen Vorkommnissen und getroffenen Maßnahmen finden in den Bericht Eingang. Dieser Risikobericht ergänzt den monatlich dem Vorstand zur Verfügung gestellten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser enthält neben der Bilanz und der Ergebnisrechnung Angaben zur Mitarbeiterentwicklung, zur Entwicklung der Wertpapiergeschäfte sowie diverse Kennziffern. Darüber hinaus erstellt das Risikocontrolling einen verbalisierten Quartalsrisikobericht mit risikorelevanten Informationen zu den Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und

operationellen Risiken sowie Szenarioberechnungen zu Marktpreis- und Liquiditätsrisiken. Über die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft erhält der Vorstand derzeit quartalsweise eine detaillierte Aufstellung.

Um die Transparenz der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zu erhöhen, werden dem Vorstand und den Abteilungsleitern Auswertungen über die den jeweiligen Bereichen zugerechneten Kosten zur Verfügung gestellt. In Gesprächen werden dann Fragen geklärt und ggf. Maßnahmen besprochen. Neben der höheren Transparenz soll auch die Sensibilität der Verantwortlichen gefördert werden.

7.7. Interne Revision

Mit der Abteilung Interne Revision hat die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank eine unabhängige Prüfinstanz implementiert, welche unmittelbar dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt ist. Die Prüfungsplanung ist risikoorientiert und umfasst einen Planungszeitraum von drei Jahren. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die Risikofelder in einem Prüfungsrhythmus von ein bis drei Jahren geprüft. Neben der Überwachung des internen Kontrollsystems, der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit aller betrieblichen Prozesse ist die Interne Revision projektbegleitend eingebunden und nimmt an der jährlichen Risikoinventur des Risk-Committee teil. Die Interne Revision hat ein Verfahren zur Überwachung der fristgerechten Beseitigung festgestellter Mängel eingerichtet. Den Gesamtbericht der Internen Revision für das Geschäftsjahr 2009 vom 8. Januar 2010 wurde von allen fünf Vorständen der Gesellschaft zur Kenntnis genommen und dem Aufsichtsrat zur Einsicht vorgelegt.

Die Interne Revision entspricht den besonderen Anforderungen der Neufassung der MaRisk vom 14. August 2009. Daraus resultierend wurden die Rahmenbedingungen für die Interne Revision zum 1. Januar 2010 angepasst und um das Auskunftsrecht des Vorsitzenden des Aufsichtsrats gegenüber dem Leiter der Internen Revision schriftlich mit Wirkung erweitert.

8. Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|--|
| BaFin | Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht |
| HGB | Handelsgesetzbuch |
| KRMT | Kreditrisikominderungstechniken |
| KSA | Kreditrisiko-Standardansatz |
| KWG | Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz) |
| LiqV | Liquiditätsverordnung |
| MaRisk | Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute |
| MiFID | Markets in Financial Instruments Directive |
| PD | Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default) |
| SolvV | Solvabilitätsverordnung |
| SPV | Special Purpose Vehicle |
| VaR | Value at Risk |

Herausgeber:



Kurfürstendamm 119
10711 Berlin
Telefon: 030-890 21-100
Telefax: 030-890 21-199

Internet: www.tradegate-ag.de
E-mail: info@tradegate.de